

BGB-Familienrecht

Bearbeitet von
Wilfried Schlüter

14., neu bearbeitete Auflage 2013. Buch. XXVI, 355 S. Kartoniert

ISBN 978 3 8114 9853 2

Format (B x L): 16,5 x 23,5 cm

Gewicht: 624 g

[Recht > Zivilrecht > Familienrecht](#)

Zu [Leseprobe](#)

schnell und portofrei erhältlich bei



Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Inhaltsverzeichnis

	Rn	Seite
<i>Vorwort</i>		V
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>		XXI
<i>Literaturverzeichnis</i>		XXIV

Teil I

Einleitung

§ 1 Ehe und Familie in der Entwicklung und gegenwärtigen Rechtsordnung	1	1
I. Ehe und Familie in der Entwicklung	1	1
II. Die verfassungsrechtliche Stellung von Ehe und Familie	2	3
1. Der Schutz von Ehe und Familie durch Art. 6 GG	2	3
2. Der Schutz des elterlichen Erziehungsrechts durch Art. 6 Abs. 2 und 3 GG	6	5
III. Rechtsquellen des Familienrechts	7	7

Teil II

Eherecht

1. Abschnitt		
Eheschließung und fehlerhafte Ehe	11	10
§ 2 Die Eheschließung	11	10
I. Zum Begriff der Ehe im geltenden Recht	11	10
II. Die Eheschließungsvoraussetzungen	12	13
1. Die Ehefähigkeit	12	13
2. Die Geschlechtsverschiedenheit der Eheschließenden	16	17
3. Das Fehlen von Eheverboten	17	17
a) Das trennende Eheverbot wegen Doppelehe	18	17
b) Das trennende Eheverbot wegen Verwandtschaft	19	18
c) Das aufschiebende Eheverbot wegen Verwandtschaft auf Grund einer Annahme als Kind	20	18
4. Die Beibringung eines Ehefähigkeitszeugnisses	21	19
III. Die Vornahme der Eheschließung	22	19
1. Die Erklärungen der Ehegatten	23	19
2. Die Mitwirkung des Standesbeamten	24	21

§ 3 Die fehlerhafte Ehe	25	23
I. Vorbemerkung	25	23
II. Die Nichtehe	26	23
1. Der Tatbestand einer Nichtehe	26	23
2. Die Heilung einer nicht vor einem Standesbeamten geschlossenen Ehe	27	24
III. Die aufhebbare Ehe	28	24
1. Die Tatbestände der Aufhebbarkeit der Ehe	28	24
2. Die Heilung aufhebbarer Ehen	29	26
3. Das Aufhebungsverfahren	30	27
§ 4 Die Folgen der Aufhebung der Ehe	31	28
I. Der Anspruch auf Unterhalt nach der Eheaufhebung	32	28
II. Die Ansprüche auf Zugewinn-, Versorgungsausgleich sowie auf Überlassung der Ehewohnung und der Haushaltsgegenstände	33	29
III. Das gesetzliche Erb- und Pflichtteilsrecht	34	29
2. Abschnitt		
Die allgemeinen Ehwirkungen	35	29
§ 5 Der Name und die Staatsangehörigkeit der Ehegatten	35	29
I. Der Ehename	35	29
1. Die Bestimmung des Ehenamens	35	29
2. Der Begleitname	37	31
3. Der Name des verwitweten oder geschiedenen Ehegatten	38	32
II. Die Staatsangehörigkeit der Ehegatten	39	33
§ 6 Die Verpflichtung zur ehelichen Lebensgemeinschaft	40	33
I. Die Generalklausel des § 1353 Abs. 1 S. 2 BGB und ihre Bedeutung	40	33
II. Die einzelnen Pflichten aus der ehelichen Lebensgemeinschaft und ihre gerichtliche Durchsetzung	42	35
1. Beispiele für Pflichten aus der ehelichen Lebensgemeinschaft	42	35
2. Der Eheherstellungsantrag	43	36
III. Der Wegfall der Verpflichtung zur ehelichen Lebensgemeinschaft	45	37
IV. Die Haftung der Ehegatten untereinander	47	37

§ 7 Exkurs: Der Schutz gegen Ehestörungen	50	39
I. Der Antrag auf Beseitigung oder Unterlassung von Ehestörungen	51	39
1. Gegen den anderen Ehegatten	51	39
2. Gegen Dritte	53	41
II. Ansprüche auf Schadensersatz wegen Ehestörungen	55	41
1. Gegen den anderen Ehegatten	55	41
2. Gegen Dritte	58	44
§ 8 Die Unterhaltspflicht zwischen Ehegatten	61	48
I. Überblick	61	48
II. Die Unterhaltsansprüche in häuslicher Gemeinschaft lebender Ehegatten	62	48
1. Die Verpflichtung zum Unterhalt	62	48
2. Art und Umfang des Unterhalts	63	49
III. Der Unterhalt getrennt lebender Ehegatten	65	51
1. Die Verpflichtung zum Unterhalt	65	51
2. Art und Umfang des Unterhalts	71	54
3. Die Versagung oder die Herabsetzung des Unterhalts- anspruchs wegen grober Unbilligkeit	73	55
§ 9 Die Pflicht zur Führung des Haushalts und zur Mitarbeit im Beruf und Geschäft des Ehegatten	74	55
I. Die Pflicht zur Haushaltsführung	74	55
II. Die Pflicht zur Mitarbeit im Beruf oder Geschäft des anderen Ehegatten	75	56
1. Die gesetzliche Pflicht zur Mitarbeit	75	56
2. Die vertragliche Pflicht zur Mitarbeit	76	56
3. Die Vergütung der Ehegattenmitarbeit	77	57
§ 10 Die „Schlüsselgewalt“	85	60
I. Zweck und Rechtsnatur der „Schlüsselgewalt“	85	60
II. Der Umfang der „Schlüsselgewalt“	88	62
III. Die Rechtswirkungen der „Schlüsselgewalt“	89	63
IV. Der Ausschluss, die Beschränkung und das Ruhen der „Schlüsselgewalt“	90	65
1. Der Ausschluss und die Beschränkung der „Schlüsselgewalt“	90	65
2. Das Ruhen der „Schlüsselgewalt“	91	65

§ 11 Die Zuweisung der Haushaltsgegenstände und der Ehewohnung bei Getrenntleben und anlässlich der Scheidung	91a	66
I. Die Zuweisung bei Getrenntleben	91a	66
1. Die Verteilung der Haushaltsgegenstände bei Getrenntleben	91a	66
2. Die Benutzung der Ehewohnung bei Getrenntleben	91b	67
II. Die Zuweisung der Haushaltsgegenstände und der Ehewohnung anlässlich der Scheidung	91c	69
1. Die Zuweisung von Haushaltsgegenständen anlässlich der Scheidung	91d	69
2. Die Zuweisung der Ehewohnung anlässlich der Scheidung	91e	70
3. Abschnitt		
Eheliches Güterrecht	92	72
§ 12 Die ehelichen Güterstände, der Ehevertrag und das Güterrechtsregister	92	72
I. Die Güterstände im Überblick	92	72
II. Der Ehevertrag	93	72
1. Der Abschluss des Ehevertrags	93	72
2. Der Inhalt des Ehevertrags	94	74
III. Das Güterrechtsregister	95	76
1. Die Funktion und der Inhalt des Güterrechtsregisters	95	76
2. Die Eintragung im Güterrechtsregister und der Schutz des Rechtsverkehrs	96	76
§ 13 Der Güterstand der Zugewinngemeinschaft	101	78
I. Die Vermögenstrennung	102	78
II. Die Surrogation nach § 1370 BGB aF	104	79
III. Die Verfügungsbeschränkungen in der Zugewinngemeinschaft	105	79
1. Rechtsgeschäfte über das Vermögen im Ganzen	106	81
2. Rechtsgeschäfte über Haushaltsgegenstände	118	91
IV. Der Zugewinnausgleich	121	92
1. Der Zugewinnausgleich bei Beendigung der Zugewinngemeinschaft zu Lebzeiten der Ehegatten	122	93
a) Das Anfangsvermögen	124	93
b) Das Endvermögen	125	96
c) Begrenzung der Höhe der Ausgleichsforderung	126	97
d) Bewertung des Anfangs- und Endvermögens	127	100

e) Die bei der Berechnung des Anfangs- und Endvermögens zu berücksichtigenden Vermögenswerte	129	103
f) Die anzurechnenden Vorempfänge	132	105
g) Das Leistungsverweigerungsrecht des Ausgleichs- pflichtigen	133	107
h) Die Auskunftsansprüche der Ehegatten	134	108
i) Das Entstehen der Ausgleichsforderung	135	109
j) Vereinbarungen über den Zugewinnausgleich	135a	109
k) Art und Fälligkeit der Ausgleichsforderung	136	110
l) Der vorzeitige Zugewinnausgleich	138	111
2. Der Zugewinnausgleich bei der Beendigung der Zugewinngemeinschaft durch den Tod eines Ehegatten . .	139	112
a) Der Zugewinnausgleich bei gesetzlicher Erbfolge . .	140	113
b) Der Zugewinnausgleich bei gewillkürter Erbfolge . .	143	114
§ 14 Der Güterstand der Gütertrennung	147	115
I. Die Rechtsbeziehungen zwischen den Ehegatten beim Güterstand der Gütertrennung	147	115
II. Der Eintritt des Güterstands der Gütertrennung	148	115
III. Die Beendigung des Güterstands der Gütertrennung . .	151	116
IV. Die Ansprüche eines Ehegatten aus allgemeinen, nicht güterrechtlichen Rechtsbeziehungen	151a	116
§ 15 Der Güterstand der Gütergemeinschaft	152	119
I. Überblick	152	119
II. Die verschiedenen Vermögensmassen	153	120
1. Das Gesamtgut	154	120
2. Das Sondergut	155	121
3. Das Vorbehaltsgut	156	121
III. Die Verwaltung des Gesamtguts	157	121
IV. Die Schuldenhaftung bei der Gütergemeinschaft	160	122
1. Die Haftung der Ehegatten im Verhältnis zu den Gläubigern (Außenverhältnis)	160	122
a) Die Haftung der Ehegatten mit dem Gesamtgut . .	161	122
b) Die persönliche Haftung der Ehegatten mit dem Sonder- und Vorbehaltsgut	162	123
2. Die Haftung der Ehegatten im Verhältnis zueinander (Innenverhältnis)	163	124
V. Die Beendigung der Gütergemeinschaft	164	124

§ 16 Die Zwangsvollstreckung gegen Ehegatten	165	124
I. Die Eigentumsvermutung des § 1362 BGB	166	125
II. Die Gewahrsamsfiktion des § 739 ZPO	167	126
4. Abschnitt		
Scheidung und Scheidungsfolgen	168	129
§ 17 Die Scheidung der Ehe	168	129
I. Der Übergang vom Schuld- zum Zerrüttungsprinzip	168	129
II. Der Scheidungegrundtatbestand des § 1565 BGB	169	130
III. Die Scheiternsvermutungen des § 1566 BGB	177	133
1. Die Scheiternsvermutung des § 1566 Abs. 1 BGB	178	134
2. Die Scheiternsvermutung des § 1566 Abs. 2 BGB	180	135
IV. Die Härteklausel des § 1568 BGB	181	136
1. Die Kinderschutzklausel	182	136
2. Die persönliche Härteklausel	183	137
V. Das Scheidungsverfahren	185	138
1. Die Einführung des Familiengerichts	185	138
2. Der Verhandlungs- und Entscheidungsverbund	186	138
3. Der Instanzenzug	187	139
§ 18 Die Unterhaltsansprüche der Ehegatten nach der Scheidung	188	140
I. Überblick	188	140
II. Die einzelnen Unterhaltstatbestände	190	141
1. Der Unterhaltsanspruch wegen Betreuung eines Kindes	191	142
2. Der Unterhaltsanspruch wegen Alters	194	146
3. Der Unterhaltsanspruch wegen Krankheit oder Gebrechen	195	146
4. Der Unterhaltsanspruch bis zur Erlangung einer angemessenen Erwerbstätigkeit	196	147
5. Der Unterhaltsanspruch wegen Ausbildung, Fortbildung oder Umschulung	199	149
6. Der Unterhaltsanspruch aus Billigkeitsgründen	202	150
III. Die allgemeine Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten .	203	151
IV. Die Leistungsfähigkeit des Verpflichteten und die Rangfolge	208	154
1. Die Leistungsfähigkeit des Verpflichteten	208	154
2. Die Rangfolge der Unterhaltsberechtigten	209	158
3. Die Rangfolge der Unterhaltsverpflichteten	213	158

V.	Der Umfang des Unterhaltsanspruchs und die Art der Unterhaltsgewährung	214	158
1.	Der Umfang des Unterhalts	214	158
2.	Die Art der Unterhaltsgewährung	217	165
3.	Die Unterhaltsverträge	219	166
VI.	Die Herabsetzung und zeitliche Begrenzung des Unterhalts wegen Unbilligkeit	219a	170
VII.	Die Beschränkung oder Versagung des Unterhalts wegen grober Unbilligkeit	220	173
VIII.	Das Ende des Unterhaltsanspruchs	228	180
§ 19	Der Versorgungsausgleich	230	181
I.	Grundgedanken, Ziele und Reform des Versorgungs- ausgleichs	230	181
II.	Die auszugleichenden Anrechte	237	184
III.	Die materiell- und verfahrensrechtlichen Auskunfts- ansprüche und Auskunftspflichten	242	186
1.	Die materiell-rechtlichen Auskunftspflichten	242	186
2.	Die verfahrensrechtlichen Auskunftspflichten	243	186
IV.	Der Vollzug des Versorgungsausgleichs	244	187
1.	Der Vollzug des Versorgungsausgleichs durch eine interne Teilung	244	187
2.	Der Vollzug des Versorgungsausgleichs durch eine externe Teilung	245	189
3.	Der Vollzug des Versorgungsausgleichs durch schuldrechtliche Ausgleichszahlungen	247	191
V.	Ausnahmen von der Durchführung des Versorgungsausgleichs	248	191
1.	Geringfügigkeit der auszugleichenden Anrechte	249	191
2.	Fehlende Ausgleichsreife des Anrechts	250	192
VI.	Die Beschränkung oder der Wegfall des Versorgungs- ausgleichs wegen grober Unbilligkeit	251	193
1.	Die Härteklausel des § 27 VersAusglG	251	193
2.	Die Konkretisierung der Härteklausel	252	193
VII.	Vereinbarungen über den Versorgungsausgleich	253	195
1.	Die materiellen Wirksamkeitsvoraussetzungen	253	195
2.	Die formellen Wirksamkeitsvoraussetzungen	254	196
VIII.	Anpassung und Abänderung von rechtskräftigen Entscheidungen über den Versorgungsausgleich	255	196
1.	Die Anpassung nach den §§ 32–38 VersAusglG	255	196
a)	Die Anpassung wegen Unterhalts	256	197
b)	Die Anpassung wegen Vorversterbens der ausgleichs- berechtigten Person	257	198
2.	Die Abänderung nach §§ 225, 226 FamFG	258	199

Teil III
Kindschaftsrecht

§ 20 Die Reform des Kindschaftsrechts	259	200
I. Die einzelnen Reformgesetze	259	200
II. Die Gründe für die Reform des Kindschaftsrechts	264	202
§ 21 Die Mutterschaft	267	204
§ 22 Die Vaterschaft	269	206
I. Die Vaterschaft kraft Ehe mit der Mutter	270	206
II. Die Vaterschaft kraft Anerkennung	274	207
1. Die Voraussetzungen und Wirkungen der Anerkennung	275	208
2. Die Unwirksamkeit der Vaterschaftsanerken- nung	282	210
III. Die Vaterschaft kraft gerichtlicher Feststellung	283	211
1. Die Voraussetzungen der Vaterschaftsfeststellung nach § 1600d BGB	283	211
2. Die Grundlagen des Abstammungsverfahrens	284	212
3. Die Beweismittel im Abstammungsverfahren	287	214
4. Die Voraussetzungen der Vaterschaftsfeststellung nach § 182 Abs. 1 FamFG	290 a	216
IV. Die Anfechtung der Vaterschaft	291	216
1. Die Anfechtungsberechtigten	292	217
2. Die persönliche Anfechtung und die Anfechtung bei fehlender und beschränkter Geschäftsfähigkeit	292 a	219
3. Der Ausschluss der Anfechtung bei heterologer Insemination	293	220
4. Die Anfechtungsfrist	294	221
5. Die Vaterschaftsvermutung im Anfechtungsverfahren	295	222
6. Das Anfechtungsverfahren	296	222
V. Die Klärung der Vaterschaft ohne Vaterschaftsanfech- tungsverfahren	296 a	223
§ 23 Die Unterhaltpflicht zwischen Eltern und ihren Kindern und ihre gerichtliche Durchsetzung	297	225
I. Überblick über die gesetzliche Regelung nach der Reform des Kindschaftsrechts	297	225
II. Die Voraussetzungen des Unterhaltsanspruchs	301	226
1. Die Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten	301	226
2. Die Leistungsfähigkeit des Unterhaltsverpflichteten	305	229
III. Der Umfang des Unterhalts (Bedarf)	307	231

IV. Die Beschränkung, der Wegfall und das Erlöschen der Unterhaltsverpflichtung	309	235
1. Die Beschränkung und der Wegfall von Unterhalts- ansprüchen	309	235
2. Das Erlöschen von Unterhaltsansprüchen	312	236
V. Die Art der Unterhaltsgewährung	313	237
VI. Der Unterhalt für die Vergangenheit	316	240
VII. Die Haftung der unterhaltpflichtigen Eltern gegenüber dem Kind	317	240
VIII. Die Auskunftspflicht	318	241
IX. Der Rang des Unterhaltsanspruchs des Kindes gegenüber Ansprüchen anderer Unterhaltsberechtigter	318a	241
1. Der Rang der Unterhaltsansprüche der Kinder	318b	241
2. Der Rang der Unterhaltsansprüche anderer Berechtigter .	318c	242
X. Die Änderung der Unterhaltsverpflichtung	319	245
XI. Die gerichtliche Geltendmachung des Unterhalts	321	246
1. Die Arten der gerichtlichen Geltendmachung	321	246
2. Die Bezifferung des Antrags	322	247
 § 24 Die Rechtsbeziehungen zwischen Eltern und Kindern im Allgemeinen	323	248
I. Überblick	323	248
II. Der Name des Kindes	324	249
1. Der Geburtsname des Kindes bei Eltern mit einem Ehenamen	325	249
2. Der Geburtsname des Kindes bei Eltern ohne Ehenamen	326	249
3. Die Änderung des Kindesnamens	328	250
III. Die Staatsangehörigkeit des Kindes	337	253
IV. Der Wohnsitz des Kindes	338	254
V. Die Dienstleistungspflicht des Kindes	341	255
 § 25 Die elterliche Sorge	343	256
I. Die wesentlichen Änderungen durch das KindRG	343	256
II. Der Begriff und die Rechtsnatur der elterlichen Sorge . . .	349	259
III. Die Träger der elterlichen Sorge	353	261
1. Die elterliche Sorge vor der Trennung der Eltern	353	261
2. Die elterliche Sorge nach der Trennung der gemeinsam sorgeberechtigten Eltern	355	262
3. Die elterliche Sorge nach Trennung der nicht gemeinsam sorgeberechtigten Eltern	359	265
4. Das „kleine Sorgerecht“ des Stiefelternteils	360a	266

IV.	Die Ausübung der elterlichen Sorge	361	267
V.	Der Inhalt und die Schranken der elterlichen Sorge	362	267
1.	Überblick	362	267
2.	Die Personensorge	364	269
3.	Die Vermögenssorge	369	271
4.	Die Vertretung des Kindes	375	274
a)	Die gemeinsame oder alleinige Vertretung des Kindes durch seine Eltern	375	274
b)	Der Ausschluss der Eltern von der Vertretung des Kindes	378	275
c)	Die Genehmigung der von den Eltern vorgenommenen Geschäfte durch das Familiengericht	380	277
d)	Die beschränkte Haftung des Kindes nach Eintritt der Volljährigkeit	383	279
5.	Die Beistandschaft	386	281
VI.	Die Verhinderung der Eltern an der Ausübung der elterlichen Sorge	389	282
1.	Die tatsächliche Verhinderung	390	282
2.	Die rechtliche Verhinderung	392	283
VII.	Die Beendigung der elterlichen Sorge	397	284
VIII.	Die Maßnahmen des Familiengerichts zum Schutz des Kindes	400	285
1.	Überblick	400	285
2.	Der Schutz des Kindes vor Gefährdung seines persönlichen Wohls	401	286
3.	Der Schutz des Kindes vor Gefährdung seines Vermögens	406	290
IX.	Die Pflicht und das Recht zum Umgang mit dem Kind	408	291
1.	Das Recht des Kindes auf Umgang mit jedem Elternteil	408	291
2.	Der Umfang und die Art und Weise der Ausübung des Umgangsrechts	409	292
3.	Die Pflicht der Eltern zum Umgang mit dem Kind	410	293
4.	Das Recht weiterer Personen auf Umgang mit dem Kind	411	293
5.	Die Durchsetzung gerichtlicher Umgangsregelungen	412	294
§ 26	Die Annahme als Kind	413	295
I.	Überblick	413	295
II.	Die Voraussetzungen für die Annahme Minderjähriger	416	296
1.	Die zur Annahme berechtigten Personen	416	296

2.	Die Alterserfordernisse und die Geschäftsfähigkeit auf Seiten des Annehmenden	419	297
3.	Die Einwilligung der Betroffenen	420	297
4.	Der Antrag des Annehmenden	427	301
5.	Die vorherige Pflege des anzunehmenden Kindes	428	301
III.	Die Entscheidung des Familiengerichts über die Annahme	429	301
IV.	Die Rechtswirkungen der Annahme	431	302
1.	Der Erwerb der Rechtsstellung eines Kindes des Annehmenden	431	302
2.	Das Erlöschen des Verwandtschaftsverhältnisses zu den leiblichen Verwandten	432	302
3.	Die Änderung von Namen und Staatsangehörigkeit des Kindes	436	304
V.	Die Aufhebung des Annahmeverhältnisses	438	304
1.	Die Aufhebung wegen fehlender Erklärungen	439	305
2.	Die Aufhebung aus schwerwiegenden Gründen zum Wohl des Kindes	440	305
3.	Die Wirkungen der Aufhebung	441	305
VI.	Die Besonderheiten der Annahme Volljähriger	442	306

Teil IV

§ 27 Das Betreuungsrecht	447	308
I. Überblick	447	308
II. Die gesetzliche Regelung	450	309
1. Die Anordnung der Betreuung und die Bestellung des Betreuers	450	309
2. Die Vertretung des Betreuten	453	311
3. Der Einwilligungsvorbehalt	454	311
4. Der Grundsatz der persönlichen Betreuung	457	312
5. Die Pflichten des Betreuers	458	313
6. Die Einwilligung in ärztliche Maßnahmen	459	314
7. Die Sterilisation Betreuter	460	317
8. Die Unterbringung des Betreuten, freiheitsentziehende Maßnahmen	461	319
9. Die Kündigung eines Mietverhältnisses über Wohnraum	462	319
10. Die Dauer der Betreuung und die Entlassung des Betreuers	463	320
11. Das Verfahren in Betreuungssachen	464	320

Teil V

Die eingetragene Lebenspartnerschaft und die (faktische) nichteheliche Lebensgemeinschaft

§ 28 Die eingetragene Lebenspartnerschaft	465	322
I. Vorbemerkung	465	322
II. Die Begründung der Lebenspartnerschaft	466	325
1. Die Form	466	325
2. Die Voraussetzungen einer Lebenspartnerschaft und die Partnerschaftsverbote	467	325
III. Die allgemeinen Wirkungen der Lebenspartnerschaft	473	326
1. Die Verpflichtung zur partnerschaftlichen Lebensgemeinschaft	473	326
2. Der Lebenspartnerschaftsname	474	327
3. Die Haftung der Partner untereinander	475	327
4. Die Unterhaltpflicht der Lebenspartner	476	327
a) Die Unterhaltpflicht während des Bestehens der Gemeinschaft	477	327
b) Die Unterhaltpflicht bei einem Getrenntleben der Partner	478	328
IV. Der Güterstand der Lebenspartnerschaft	479	328
V. Sonstige vermögensrechtliche Wirkungen der Lebenspartnerschaft	484	329
VI. Die sorgerechtlichen Befugnisse des Lebenspartners und das Recht zur Stiefkindadoption	486	329
VII. Die Aufhebung der Lebenspartnerschaft	487	330
VIII. Die nachpartnerschaftliche Unterhaltpflicht	490	332
IX. Die Aufteilung der Haushaltsgegenstände und die Zuweisung der Wohnung	492	333
X. Der Versorgungsausgleich	492a	333
§ 29 Die nichteheliche Lebensgemeinschaft	493	333
I. Vorbemerkung	493	333
II. Die Verteilung und Zuweisung der Vermögensgegenstände der Partner	496	335
1. Die Verteilung der im Allein- oder Miteigentum stehenden Sachen	497	335
2. Die Verteilung sonstiger Gegenstände	498	336
III. Die Ansprüche auf Ausgleich oder Rückgewähr von Vermögenszuwendungen an den anderen Partner	499	336
1. Ausgleichsansprüche nach den Regeln der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	500	337

2. Ansprüche auf Rückgewähr bzw. auf Verwendungsersatz aus Darlehen oder Auftrag	503	339
3. Rückabwicklungsansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung	504	340
4. Ausgleichsansprüche wegen Wegfalls der Geschäfts- grundlage	505	341
5. Rückgewähransprüche wegen Schenkungswiderrufs . . .	506	341
IV. Die Ausgleichsansprüche wegen einer Mitarbeit im Betrieb des anderen Partners	507	342
V. Die Ausgleichsansprüche aus einem Gesamtschuld- verhältnis	511	343
VI. Die Unterhaltsansprüche der Partner gegeneinander . . .	512	344
VII. Die mietrechtlichen Beziehungen der Partner untereinander und zum Vermieter	514	344
VIII. Die Rechtstellung des überlebenden Partners bei Auflösung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft durch den Tod des anderen	518	345
Anhang		
Die Übergangsregelungen zum Familienrecht in den neuen Bundesländern nach Art. 234 EGBGB	520	346
<i>Sachverzeichnis</i>		349